

Zur Erinnerung

an Sali und Lilli Marx sowie ihre Söhne Otto und Kurt



Briefkopf von 1920

© HHSIAW 685-550a

- Nathan Marx, Hoflief., Einricht., Ausstatt., Linol., Tapeten usw., Mainzer Straße 13 E. F. 34. Inh. Sali Marx.
- Sali, Stfm., Mainzer Str. 13 F. 34, f. Nathan Marx.

Adressbuch der Stadt Wiesbaden 1917

© AMS Wiesbaden

haber eines „Manufakturwaren - und Konfektionsgeschäft“s war. Er beschäftigte zahlreiche Angestellte, darunter auch sechs Näherinnen.

Nach dem Weltkrieg und besonders seit Mitte der 1920er Jahre war der Umsatz des Betriebes kontinuierlich rückläufig. Durch die allgemeine politische und wirtschaftliche Lage belastet, geriet Sali Marx immer mehr in finanzielle Schwierigkeiten. 1931 konnte er nur noch eine Mitarbeiterin beschäftigen und seinen steuerlichen und familiären Verpflichtungen kaum mehr nachkommen. Schließlich war Ehefrau Lilli gezwungen im Betrieb mitzuarbeiten.

Mit der Regierungsübernahme durch die Nationalsozialisten wurde der Existenz aller jüdischen Betriebe ein Ende gesetzt. Zwangsläufig musste Sali Marx Geschäft und Wohnung aufgeben und sah sich genötigt mit seiner Familie nach Wiesbaden in die Schwalbacher Straße umzuziehen. Forderungen der Finanzbehörden verfolgten ihn weiterhin. Ausserdem war er in ständiger Sorge um das Auskommen seiner Familie.

Zur Unterstützung der Familie nahm Ehefrau Lilli Marx Anfang August 1938 in Augsburg eine Anstellung als Krankenschwester an.

Sali Marx wurde nach der Reichspogromnacht im KZ Buchenwald vom 12. bis 24. November 1938 inhaftiert. Durch Demütigungen und Misshandlungen zusätzlich geschwächt, schwand der Überlebenswille des ohnehin gebrochenen Mannes zunehmend.

Im Januar 1940 wurde er gezwungen in die Moritzstraße 14 umzuziehen. Sali Marx wurde am 23. Mai 1942 nach Izbica deportiert und in Sobibor ermordet. Ehefrau Lilli Marx war bereits im Februar 1940 in das KZ Ravensbrück deportiert worden und am 23. März 1942 verstorben.



Otto, der erstgeborene Sohn, zuletzt in Frankfurt/M. wohnhaft, wurde im September 1942 nach Lublin deportiert. Er kam am 6. September 1942 in Majdanek ums Leben.

Bereits im Juni 1939 gelangte Kurt Arthur mit einem Kindertransport nach England. Als einziger der Familie hat er den Holocaust überlebt.

Pass Kurt Arthur Marx, 1939

Dank Kindertransport überlebt.

Dazu berichtet Kurt, der jüngere der beiden Marx-Söhne, in einem Brief an das Archiv der Flersheim-Sichel-Stiftung in Frankfurt am 19. April 1994.

Der 70-Jährige erinnert sich zunächst an seine Kindheit in der Familie und die Einschulung in die Goetheschule. 1934 wechselte er zum „Philanthropin“ nach Frankfurt und in das Schülerheim der Flersheim-Sichel-Stiftung. Seine Familie konnte er nur in den Ferien besuchen. Spärlich drangen wirtschaftliche Probleme, auch finanzielle Sorgen und Nöte der Angehörigen und existentielle Ängste zu dem Jungen und beunruhigten ihn.

Im März 1939 konnten Kurt und weitere Schüler in Begleitung leitender Mitglieder der Flersheim-Sichel-Stiftung in einem Kindertransport nach England ausreisen. Finanziert wurde das Projekt von James und Dorothy de Rothschild, den Eigentümern von Waddesdon Manor

Kurt wurde zunächst mit Gartenarbeiten beschäftigt, später in den Stallungen.

Von 1943-1947 diente er als Unteroffizier in der Britischen Armee. 1952 heiratete Kurt und Florence. Kurt Marx war als Ingenieur bis zu seiner Pensionierung 31 Jahre bei der British Telecom beschäftigt.

Zeitlebens ungebrochen war seine Dankbarkeit für die Familie de Rothschild!

Dezember 2018 Dr.E.Sch.



Patenschaft für das Erinnerungsblatt: N.N.

© Aktives Museum Spiegelgasse

N. Marx / Wiesbaden-Biebrich

GEGRÜNDET 1875 • FERNSPRECHER 61634

tscheck: Frankfurt-M. 3510 / Bankverbindung: Biebricher Bank, Wiesbaden-Biebrich / Drahtanschrift: Marx Hohlferant Wiesbaden/Biebrich

Wiesbaden-Biebrich, 27. Oktober 1929.
Ecke Rathaus- und Mainzer Straße

An Das: Finanzamt.

Wiesbaden

Betr. 31/318. Aufbringungsgesetz für das Kalenderjahr 1928 + 1929.

Wie Ihnen bekannt ist war ich gezwungen im Mai ds. Jhr. das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses zu beantragen. Der Vergleich wurde am 22. Juli gerichtlich bestätigt. Eine Vermögensaufstellung zum 2. Mai 1929 habe ich dem Finanzamt überreicht. Während der Bescheid zum Aufbringungsgesetz ein Vermögen von RM 54.000, darunter das Betriebsvermögen mit RM 45.000 annahm, war nach der Aufstellung vom 2/5.29 nur noch ein Betriebsvermögen von RM 4.612 da, trotzdem die Gläubiger über RM 100 - mit nur 40% und die unter RM 100 mit 60% unter Kreditoren unter Passiven gebucht sind. Es kommt noch weiter hinzu, daß das Geschäft in den letzten Monaten täglich schlechter wurde, ich kaum in der Lage bin, die bereits fällig gewordenen 2. Vergleichsrate aufzubringen. Ich muß daher das Finanzamt bitten, die tatsächlich zu viel bezahlten Steuern aus dem Aufbringungsgesetz zurückzuerstatten und den Rest zu stunden. Sollte dies aus rechtlich-formellen Gründen nicht möglich sein, so bitte ich ganz ergebenst aus Billigkeitsgründen, zur Verhütung meines völligen, wirtschaftlichen Untergangs, meinem Wunsche zu entsprechen. Ich habe noch sehr hohe Arztrechnungen für Frau + Kinder, die monatelang krank waren und für mich selbst zu bezahlen und weiß nicht, wo ich das Geld her nehmen soll.

N. Marx.

© HHSIAW 685 - 550c

Brief an das Finanzamt, 1929

Transkription:
Briefkopf N. Marx

Wiesbaden-Biebrich, 27. Oktober 1929
Ecke Rathaus- und Mainzer Straße

An Das: Finanzamt Wiesbaden
Betr. 31/318 Aufbringungsgesetz für das Kalenderjahr 1928 + 1929

Wie Ihnen bekannt ist war ich gezwungen im Mai ds. Jhr. das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses zu beantragen. Der Vergleich wurde am 22. Juli gerichtlich bestätigt. Eine Vermögensaufstellung zum 2. Mai 1929 habe ich dem Finanzamt überreicht. Während der Bescheid zum Aufbringungsgesetz ein Vermögen von RM 54.000, darunter das Betriebsvermögen mit RM 45.000 annahm, war nach der Aufstellung vom 2/5.29 nur noch ein Betriebsvermögen von RM 4.612 da, trotzdem die Gläubiger über RM 100 - mit nur 40% und die unter RM 100 mit 60% unter Kreditoren unter Passiven gebucht sind. Es kommt noch weiter hinzu, daß das Geschäft in den letzten Monaten täglich schlechter wurde, ich kaum in der Lage bin, die bereits fällig gewordenen 2. Vergleichsrate aufzubringen. Ich muß daher das Finanzamt bitten, die tatsächlich zu viel bezahlten Steuern aus dem Aufbringungsgesetz zurückzuerstatten und den Rest zu stunden. Sollte dies aus rechtlich-formellen Gründen nicht möglich sein, so bitte ich ganz ergebenst aus Billigkeitsgründen, zur Verhütung meines völligen, wirtschaftlichen Untergangs, meinem Wunsche zu entsprechen. Ich habe noch sehr hohe Arztrechnungen für Frau + Kinder, die monatelang krank waren und für mich selbst zu bezahlen und weiß nicht, wo ich das Geld her nehmen soll.

Smarx.